

Bezugpreis:
Monatlich in Neuenburg RM. 1,50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie im landlichen In-
landsbezirk RM. 1,75 mit
Postgebühren. Postfrei
best. Preis einer Nummer 10 Rpf.
In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Wiederherstellung
der Zeitung oder auf Rückerstattung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Buch-
handlungen, sowie Agenturen und
Austretenden jederzeit entgegen.
Preisänderung RM. 4.
Erscheinung Nr. 11 bei der Oberamts-
Sportstätte Neuenburg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Reichschen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Bisfinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Bisfinger in Neuenburg.

Nr. 42 Montag den 20. Februar 1933 91. Jahrgang

Ein Gegenstück zu Serajewo

Frankreich diktiert Oesterreich — Scharfe Note zum Waffenschmuggel bei Hirtenberg

Rom, 18. Febr. Der Pariser Vertreter des halbamtlichen „Giornale d'Italia“ ist in der Lage, seinem Blatte den Wortlaut der französischen Note an Oesterreich wegen der Waffenschmuggelangelegenheit von Hirtenberg zu übermitteln. Die Note, der sich auch England angeschlossen hat, erinnert im Ton und Inhalt unverkennbar an die Ultimaten aus der Zeit der Balkanwirren, aus denen schließlich der Weltkrieg hervorgegangen ist, zum Vorbild. Dieser Vorstoß, der weit über das Ziel hinauswacht und einen Erfolg an einem wehrlosen, aber doch nicht auf Balkanunruhen stehenden Land darstellt, kann eine Erklärung und Beurteilung nur unter dem Gesichtspunkt finden, daß Frankreich durch energisches Auftreten die Unmöglichkeit einer Völkerverbund-Zurückbildung verneinen machen will.

1. In Heberer'stimmung mit ihren bisherigen Versprechungen hat die österreichische Regierung das Nötige zu veranlassen, um eine völlige Rückführung der in Hirtenberg und Steyr liegenden Waffen an den abfindenden Spediteur sicherzustellen.

2. Im Falle, daß diese auf die Weigerung des Spediteurs läuft, muß die österreichische Regierung zur Beförderung der fraglichen Waffen schreiten.

3. Die österreichische Regierung hat den Vertretern Frankreichs und Englands den Beweis der Rückführung oder Beförderung der Waffen zu liefern (!). In jedem dieser beiden Fälle haben die österreichischen Bundesbehörden ihre Erklärungen unter Eid abzugeben (!).

4. Die österreichische Regierung hat eine Untersuchung zu veranlassen, um festzustellen, ob ein Teil dieser Waffen über die österreichische Grenze weiter befördert worden ist. Die Ergebnisse dieser Untersuchung müssen den Vertretern Frankreichs und Englands mitgeteilt werden. Falls sich die Frage ergibt, muß die Zahl der auf diese Weise weiter beförderten Waffen angegeben werden.

5. Zur reiblosen Durchführung der vorstehend angegebenen Maßnahmen wird eine Frist von zwei Wochen, beginnend mit dem Datum der vorliegenden Mitteilung festgesetzt (!).

Der französische Votschafter ist beauftragt, hinzuzufügen, daß wohlverstanden durch diese Mitteilung das Recht aller Regierungen, die Frage dem Völkerbundrat vorzulegen, wenn es die Umstände notwendig machen, nicht angetastet wird.

Bedenkliche Vorkriegsmethoden

Berlin, 18. Febr. Die durch die Veröffentlichung eines italienischen Blattes bekanntgewordene Note des französischen Gesandten in Wien kann als eines der sensationellsten Dokumente seit den Tagen des Waffenstillstandes bezeichnet werden. Die an sich wenig wichtige und z. B. mit dem zwischen Frank-

reich und Südslawien betriebenen Waffenhandel an Bedeutung überhaupt nicht vergleichbare Hirtenberger Angelegenheit wird zu einem Zwischenfall aufgebauscht, an dem nur noch die diplomatische Seite Interesse hat. Die Note nimmt sich in Ton und Inhalt unverkennbar an die Ultimaten aus der Zeit der Balkanwirren, aus denen schließlich der Weltkrieg hervorgegangen ist, zum Vorbild. Dieser Vorstoß, der weit über das Ziel hinauswacht und einen Erfolg an einem wehrlosen, aber doch nicht auf Balkanunruhen stehenden Land darstellt, kann eine Erklärung und Beurteilung nur unter dem Gesichtspunkt finden, daß Frankreich durch energisches Auftreten die Unmöglichkeit einer Völkerverbund-Zurückbildung verneinen machen will.

Der österreichische Vizekanzler über die englisch-französische Note

w. Klagenfurt, 18. Febr. Auf dem Parteitag des Landesbundes hielt am Sonntag Vizekanzler Winkler eine Rede, in der er u. a. erklärte: Die Regierung Dollfuß hat in diesen Tagen eine sehr schwere Krise zu bewältigen, da zwei Großmächte, Frankreich und England, offenbar inspiriert durch die kleine Entente, die Hirtenberger Waffensache zum Anlaß nehmen, um einerseits eine Note an Oesterreich zu richten, die einem Ultimatum gleicht, das meiner Ansicht nach vom Bundeskanzler abgelehnt werden muß, andererseits die Angelegenheit dazu zu benutzen, um das Lausanner Abkommen und die Möglichkeit der Einführung des Risikofreies in Oesterreich von der befristenden Regelung der Hirtenberger Affäre abhängig zu machen.“ (Stärkischer Beifall.)

Italien zu den Vorgängen in Hirtenberg

Rom, 18. Febr. „Giornale d'Italia“ wendet sich in äußerst scharfer Form gegen das Schriftstück. Die Forderungen stellen den Versuch einer brutalen Demütigung Oesterreichs dar. Oesterreich müsse ein freier und souveräner Staat bleiben trotz der Bedrängnisse seiner Nachbarn. Eine derartige, überaus sonderbare Methode müsse erstarrten hervorrufen, denn sie könnte „höchstens einem Vasallenstaat gegenüber gerechtfertigt erscheinen“. In dem ausmaßenden Ton des französischen Schriftstückes erkenne man klar das Wert der kleinen Entente, dessen Beschützerin Frankreich sei, das um jeden Preis sein Vorgehen behaupten und selbst unter Drohungen keine klaren politischen Programme verwerfen würde. Deshalb habe es Verwunderung erregt, daß die bedachtame englische Regierung dieser Note ihre Zustimmung gegeben habe, wodurch nur neue Störungen verursacht werden könnten.

und die Schugleute die Kerne zum Hitlergrab erhoben. Den Volkspolizei folgte eine Abteilung der badiischen Straßenbahnen in Uniform. Nachdem die Fahnen und Standarten der SA, der SS, der Ortsgruppen und der Hitlerjugend durch Delegierten beringsüßigt waren, erwiderte mit stürmischem Jubel begrüßt, der Parteiführer Reichsminister Dittler.

Reichsminister Dittler ging in seiner Rede, wie schon in den früheren hier veröffentlichten Reden, auf die Bedeutung des 10. Januar 1933 und auf die Geschichte Deutschlands seit 1918 ein. Er ließ es dabei nicht an scharfen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie und das Zentrum fehlen. Er führte weiter aus, daß im Reich so viel zu ordnen sei, daß er vier Jahre Zeit verlange und dann das Urteil dem Volke überlassen wolle.

Im Zusammenhang mit dieser Rede kam er auf den Schwur auf die Verfassung zu sprechen und führte aus: „Ja, wohl, das Wort höre ich gern. Ich war Soldat und habe einen Schwur geleistet. Diesen Schwur habe ich gehalten und werde ihn nie vergessen. Ich begreife nicht, wie leicht die anderen diesen Schwur von damals preisgeben konnten. Diese Leute wollen heute von Schwur und Eid reden. Wer sich auf den Boden des 9. November 1918 stellt, der hat überhaupt kein Recht, von Eid und Verfassung zu reden.“ Die Rede wurde wiederholt von lauten Beifallsrufen unterbrochen und mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Reichsbanner-Rundgebung in Halle

Rede Böbe

Halle, 18. Febr. (Gg. Meld.) Das Reichsbanner veranstaltete heute in drei Sälen eine Kundgebung, an der als erster Redner der frühere Reichsminister Paul Böbe sprach. Die Sozialdemokratie werde, so erklärte Böbe, nunmehr ihren alten Kampf um die Eroberung der ganzen Staatsmacht wieder aufnehmen. Sie werde keine Koalitionen oder Kompromisse mehr schließen, sondern die ganze Staatsmacht zu erringen suchen. Der Großgrundbesitzer müsse enteignet und den Landarbeitern und Bauern gegeben werden. Anders sei die Krise nicht zu überwinden. Auch die Schwerindustrie gehöre in die Hände der Allgemeinheit, damit die Rüstwerke wieder geöffnet und Arbeit geschaffen werden könne. Dabei dürfe der Arbeiter nicht mehr 6 Stunden, wenn erforderlich, nur 3 Tage arbeiten. Hauptfrage sei, daß alle Arbeiter wieder Beschäftigung finden.

Im Anschluß an die Kundgebung formierten sich die Versammlungsteilnehmer zu einem Demonstrationzug. Dieser wurde von der Polizei, obgleich er genehmigt war, aufgelöst, weil sich Kommunisten in größeren geschlossenen Gruppen am Umzug beteiligten hatten.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Textzeile über deren Raum 25 Rpf., Reklameweile 30 Rpf., Notizenanzeigen 100 Rpf. Zuschlag, Offerte und Auskunfts-erstellung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmefalles bindig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 5 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsdruck für beide Teile in Neuenburg. Für teile. Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Eine Bombe platzt

S. Berlin, den 19. Februar 1933.

Ueber Nacht ist eine Bombe geplatzt, die in normalen Zeiten mindestens ebenso sensationell gewirkt haben würde wie im Jahre 1914 das scharfe Ultimatum der österreichischen Regierung an die serbische wegen der Ermordung des österreichischen Thronfolgers. Und wenn die Völker Europas nicht noch unter den Leiden des damals ausgebrochenen Krieges darniederliegen würden, nicht noch zu viele am Leben wären, denen sich die Schrecken des Krieges unansichtlich ins Gedächtnis gebrannt haben, wer weiß, was sich jetzt daraus entwickeln würde. Die Atmosphäre ist außerordentlich gespannt, und durch die französisch-englische Note an Oesterreich bis hart an den Rand der Explosion gebracht. Diese Note hat folgende Vorgeschichte:

Ein italienischer Privatmann soll Waffen an die österreichische Ursprungsfabrik Hirtenberg geliefert haben. Die Waffen sollten nach Ungarn weitergeliefert werden. Der Transport blieb aber nicht gehen, und es entstand ein bester diplomatischer Notenzug, der mit der jetzt veröffentlichten französischen Note an Oesterreich einen gefährlichen Höhepunkt erreicht hat. Die Note wurde bereits am vergangenen Sonntag vormittag in Wien überreicht. Der Text wurde geheim gehalten und wurde erst von dem „Giornale d'Italia“ veröffentlicht. Das „Giornale d'Italia“ ist ein halb-offizielles Blatt, und man muß annehmen, daß das Blatt den Text der Note von italienischen Regierungskreisen erhalten hat. Die Veröffentlichung ist ganz offensichtlich als eine Wille Italiens in der Weltöffentlichkeit anzusehen. Wie man sich die fünf Punkte durch, so muß man allerdings sagen, daß noch nie eine Regierung es gewagt hat, in einem solchen brüskierten und verlegenden Ton mit einer anderen Regierung zu verkehren. Allenfalls im Jahre 1919 mußte sich Deutschland einen solchen kategorischen Ton von Frankreich gefallen lassen. Es heißt darin, die österreichische Regierung „hat“ das Nötige zu veranlassen, um eine Rückführung der Waffen an den Abfinder sicherzustellen. Sie „hat“ den Vertretern Frankreichs und Englands den Beweis der Rückführung oder Beförderung der Waffen zu liefern. Die österreichischen Bundesbehörden „haben“ ihre Erklärungen unter Eid abzugeben. Die österreichische Regierung „hat“ eine Untersuchung zu veranlassen, um festzustellen, ob ein Teil dieser Waffen über die österreichische Grenze weiterbefördert worden ist. Die Ergebnisse der Untersuchung „müssen“ den Vertretern Frankreichs und Englands mitgeteilt werden. Es wird eine Frist von zwei Wochen gestellt.

Das ist der Ton eines Ultimatus, wie er vielleicht zwischen Regierungen üblich sein mag. Aber in einem Europa, das seit vierzehn Jahren in einem sogenannten Frieden lebt, dessen Völker sich im Völkerbund vereinigt haben, in dessen Rahmen nach einer Politik der Verständigung gesucht wird, wirkt ein solcher Ton wie bewußte Friedensstörung. Von den Franzosen selbst stammt das Wort, daß der Ton die Luft macht, und ausgerechnet die Franzosen, das Volk der guten Lebensart, der klassischen Höflichkeit und Galanterie, müssen sich derart im Ton vergriffen, daß diese Note zu einer der schwersten internationalen Bestimmungen der Nachkriegszeit zählen kann. Fast gewinnt es den Anschein, als fürchte Frankreich in Europa eine Entwicklung, die ihm gefährlich werden könnte und der es durch die willkürliche Anbahnung von Fehdehänden zuvorkommen will. Daß das kleine, entwaffnete, aller Geldmittel entblößte Oesterreich mit dieser Note nicht gemeint ist, liegt auf der Hand. Oesterreich wird hier ungenutzt zum Objekt der französisch-italienischen Differenzen gemacht. Geht den Fall, Oesterreich würde den Versuch machen, sich dem brüskierten Ton des Ultimatus zu widersetzen, und die Bedingungen nicht erfüllen, dann würde Frankreich, das mit dieser Note sein europäisches Prestige eingeleistet hat, sich zu irgend einer Strafhandlung gegen Oesterreich gränzen lassen und der Konflikt mit Italien wäre da. Kommt es aber den Bedingungen nach, dann wäre Italien getroffen, das sich jetzt als der Beschützer Oesterreichs fühlt. Was Oesterreich auch tun mag, es wird immer Schwierigkeiten mit einer maßgebenden europäischen Großmacht erhalten. Denn die französische Note fordert die Vernichtung der Waffen, die aber italienisches Privatigentum sind. Die Waffen wurden von italienischen Privathändlern geliefert, und Oesterreich könnte die von Frankreich gestellte Bedingung der Vernichtung der Waffen im Falle der Weigerung des Spediteurs auf Rücknahme gar nicht erfüllen, ohne mit der italienischen Regierung in einen nicht weniger schweren Konflikt zu geraten, wie jetzt mit der französischen.

Wenn auch Deutschland an den Vorfällen in Hirtenberg die den Anlaß zu dieser Note bildeten, nicht unmittelbar interessiert ist, so besteht doch jeder Grund, sich gegen den Ton der Note zu wenden. Es ist nicht gleichgültig, ob heute, wo alle Völker sich bemühen, eine Politik der Verständigung zu führen, im internationalen Verkehr ein Ton Platz greift, der selbst die ähmer Form der gebotenen Höflichkeit nicht wahr. Die Note hat in Berliner diplomatischen Kreisen beträchtliche Überraschung hervorgerufen und wird auf die Haltung der Reichsregierung nicht ohne Einfluß bleiben.

Der Reichswehrminister besucht Süddeutschland

w. Berlin, 18. Febr. Reichswehrminister von Blomberg wird in der Zeit vom 21. bis 25. Februar Teile der 7. und 8. Division begreifen. Er wird am 21. in München, am 24. und 25. in Stuttgart anwesend sein, wo er u. a. auch der bayerischen und württembergischen Regierung seinen Besuch macht. Am 25. Februar wird der Reichswehrminister in Karlsruhe der badischen Regierung seinen Besuch abrichten.

Dr. Fried und der 5. März

Dresden, 19. Febr. In einer NSDAP-Versammlung erklärte Reichsinnenminister Dr. Fried u. a.: „Das Volk hat von uns verlangt Verbot der KPD, lehnen wir ab“. Das deutsche Volk solle selbst den Kommunismus niederstämpern; das sei der Sinn des Wahlkampfes.

Sollte aber der 5. März nicht die nötige Mehrheit für die Regierung ergeben, so würde er aber doch niemals eine politische, sondern höchstens eine negative Mehrheit mit Hilfe der Kommunisten zustande bringen. Aber auch in diesem Falle würden wir unter begonnener Meinungswert am deutschen Volk fortgehen. Wir sind nicht gewillt, das Feld freiwillig zu räumen.

Wenn man sagt, wir hätten kein Programm, so ist doch der Name Hitler Programm genug.

Nun haben in den letzten Tagen Staatspräsident und Polizeiverwaltung eines Landes es für richtig angesehen, den Aufruf der Reichsregierung als präferiertes, inhaltloses Machtwort zu bezeichnen, und bald darauf wurde die Uebertragung der Rundfunkrede des Reichsministers gestört und zum Teil verhindert. Auch ließ eine Landesregierung es zu, daß in einem marxistischen Plakatanschlag einem altdeutschen Reichsminister wider besseres Wissen Kriegsdrückelbergerer vorgeworfen ist. Diese Landesregierung wird sich nicht wundern dürfen, wenn die Reichsregierung die entsprechenden Forderungen erteilt und dann die Autorität dieser Landesregierung Gefahr liefe. Das will ich im Bewußtsein meiner Verantwortung als Reichsminister nur gesagt haben.

Unser Wirtschaftsprogramm lautet in einem Satz: Sämtlich jeder ethischen nationalen Arbeit! Nur so wird es auch möglich sein, die Millionen Erwerbslosen allmählich wieder in den Produktionsprozess einzugliedern. Die Durchführung der einzelnen Maßnahmen hierfür muß aus Überlassen bleiben. Nach vier Jahren wird das Volk wieder Gelegenheit haben, sein Urteil über uns abzugeben. Auch während dieser vier Jahre werden wir in enger Fühlung mit dem Volke bleiben, das nicht teilnahmslos beiseite stehen soll.

Hitler in Köln

w. Köln, 19. Febr. Als Abschluss eines Treffens der rheinischen Nationalsozialisten fand am Sonntag abend in der Kölner Messehalle eine Massenversammlung statt, in der Reichsminister Dittler sprach. Mit stürmischem Beifallstundgebungen nahmen die Versammlungsteilnehmer auf, als unter Vorantritt einer uniformierten Polizeipatrouille mehrere Hundertschaften der Kölner Schutzpolizei mit einer großen Sakreuzenabnahme einmarchierten, wobei die Polizeioffiziere



Fernost und Genf

Es hat sich als unmöglich erwiesen, von der Glasballe eines Hotels in der Schweiz aus die weltpolitischen Probleme zu meistern, die sich im fernen Osten aufgetürmt haben. Der Neuzugewandene des Völkerbundes mußte die japanische Antwort als eine Ablehnung nehmen. Das bedeutet, daß die Schlichtungsversuche gescheitert sind.

Der Völkerbund ist somit an dem Punkte angelangt, wo über seine Existenzberechtigung entschieden wird. Eine außerordentliche Völkerbundsversammlung ist beschlossene Sache. Ihre Beschlüsse können von schicksalhafter Bedeutung für die Weltgeschichte werden. Diese Versammlung ist vor die Frage gestellt, ob der Völkerbund überhaupt noch lebensfähig ist. Dieser Lebenswille wäre gleichgültig mit dem Willen nach Macht.

Nachdem der Neuzugewandene die Empfehlungen zur Regelung des fernöstlichen Konflikts einstimmig beschlossen hat, können die Mächte nicht mehr zurück. Es ist also mit ziemlicher Sicherheit vorzusehen, daß eine Mehrheit der Völkerbundsversammlung und sämtliche Mächte außer Japan, dessen Stimme in diesem Fall nicht mitgezählt wird, den Bericht annehmen werden. Mit einer solchen Entscheidung würde praktisch ein Verbot des Völkerbundes gegenüber Japan beschlossen sein. Nach den Bestimmungen des Völkerbundes soll derjenige der Streitenden Parteien, die sich den Vorschlägen des Völkerbundes unterwirft, gegen einen Angriff geschützt sein. Mit anderen Worten: der Völkerbund wäre verpflichtet, Sanktionsmaßnahmen gegen Japan durchzuführen, wenn dieses seine militärischen Operationen gegen die Provinz Jehol, diesen durch Geschichte und Tradition den Chinesen heiligen Boden, nicht einstellt.

Es ist im Augenblick noch nicht zu sehen, wie nach dem bisherigen Verlauf der Dinge eine solche Zustimmung noch verhindert werden kann. Die Japaner werden sich nicht fügen. In Peking dieser Woche ist in Tokio beschlossen worden, in Jehol einen neuen japanischen Angriff einzuleiten. Kaoyu und mühten müht der Telegraph, daß mit Schiffgefechten, Artilleriebomben und Divisionen der Formosa andauert. Es ist kein Gedanke daran, daß sich die Staatsmänner in Tokio von einem gerühmten Schweizer Städtchen aus in eine Angelegenheit hineinreden lassen wollen, die sie als ein Lebensproblem ihres Landes ansehen. Sie verlangen, daß die Regelung der Mandchurienfrage vom Völkerbund und der Völkerbundsversammlung Japan und China allein überlassen bleiben soll. Wenn die japanischen Truppen jetzt auf chinesischem Gebiet ihren Vormarsch fortsetzen, so werden sie erst recht nicht die geforderte militärische Räumung des neuen Staatsgebietes Mandchurien durchzuführen, um dem Völkerbund Gelegenheit zu geben, die Reorganisation des Status der Mandchurien nach Mehrheitsbeschlüssen vorzunehmen.

Der Völkerbund steht also in letzterter Frist vor der entscheidenden Probe ans Kreuz. Eine Großmacht widersteht sich ihm und wird wahrscheinlich die Drohung des Austritts wahrnehmen. Was dann? Kann man und wird man in Genf, wie es nach dem Sinn des Völkerbundes und nach den Bestimmungen des Völkerbundes wäre, zur Exekution schreiten? Theoretisch besteht natürlich die Möglichkeit. Die vereinigten Mächte der übrigen Mächte wären selbstredend stark genug, um Japan zu zwingen. In einem wirklichen Krieg des Völkerbundes gegen Japan läge das Ergebnis von vornherein fest. In einem solchen Krieg kann es aber darum nicht kommen, weil die Einstimmigkeit im Rat nur auf einer völkerrechtlichen, nicht aber auf einer politischen Übereinstimmung beruht. Die politischen Interessen Englands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands laufen im Hinblick auf den fernen Osten durchaus nicht parallel. Hinzu kommt, daß in diesem fernöstlichen Konflikt die weltpolitischen Interessen zweier Großmächte, die nicht dem Völkerbund angehören, in viel stärkerem Maße berührt sind als diejenigen der Mächte. Es wird natürlich der Versuch gemacht werden, Rußland und Amerika in diesem Konflikt in die Front des Völkerbundes einzugliedern. Macht Japan seine Drohungen des Austritts wahr, so könnte auch die Frage aufgeworfen werden, ob es damit nicht auch das Recht auf die Völkerbundsmandate, will sagen auf die früher deutschen Südseeinseln, verliert. Aber wer soll denn die Japaner dort vertreiben? Wir haben selbstverständlich keine Lust und auch keine Möglichkeit, uns unsere früheren Besitzungen mit Gewalt zurückzuholen, wenn uns der Völkerbund ein solches Danaergeschenk machen wollte. Ein bewaffnetes Einschreiten der vereinigten Völkerbundsgrößen würde erwidert angefochten der durcheinanderlaufenden Interessen als auschicklos. Man könnte auf den Gedanken kommen, wirtschaftliche Sanktionen gegen Japan in Anwendung zu bringen. Mit solchen Maßnahmen wird man das Reich des Mikado nicht auf die Knie zwingen können. Man wird auf diese Weise Japan höchstens dazu veranlassen, im Kampf gegen China die letzten Rückwärtigkeiten fallen zu lassen. Dann kann allerdings der Augenblick kommen, wo die Kriegsgelahr im fernen Osten abseits von Völkerbundsbeschlüssen herauswächst, weil Rußland und Amerika sich natürlich Grenzen setzen müssen, an denen sie den Japanern ein halt setzen. Diese Mächte werden es aber ablehnen, im

Antrag des Völkerbundes zu handeln. Sie werden nur für ihre eigenen Interessen kämpfen, und dann könnte der Zusammenbruch des Völkerbundes vor der ersten großen Aufgabe, die seinem Wesen entspricht, noch eskalierter gemacht werden.

Ministerpräsident Dr. Held im Wahlkampf

Amberg, 19. Febr. (Eig. Meld.) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hielt in Amberg in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei eine zweistündige Rede, in der er sich mit den gegenwärtigen Fragen befaßte.

Der Ministerpräsident befaßt zunächst die Notwendigkeit der Reichstagsauflösung; es sei auch nicht klar, aus welchen Gründen die Auflösung erfolgt sei. Der Redner ging dann auf die Vorgeschichte der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts ein und betonte, die Bayerische Volkspartei müsse verlangen, daß sie bei der Bildung der nationalen Konzentration nicht in verächtlicher Weise ausgeschlossen werde. Herr von Papen habe mit seinem Wort bei der Bildung des neuen Kabinetts mit der Bayerischen Volkspartei verhandelt.

Dr. Held ging dann auf den Ruf der Reichsregierung ein. Er erklärte, wir hat in der Proklamierung der Reichsregierung eines gefallen, nämlich der Satz: Wir wollen nicht lügen und nicht schwindeln. Ich sage: Gottseidank, daß Hitler diesen Spruch proklamiert hat. Wenn man sich daran hält, dann wird auch in der Zukunft die Möglichkeit bestehen, den Gock abzugeben.

Schließlich behandelte der Redner in ausführlicher Weise das Verhältnis von Reich und Ländern. Er führte dabei an: Man sage jetzt, es müsse ein Gleichklang zwischen Reichsregierung und Länderregierungen hergestellt werden, d. h. die Länder sollen zu Provinzen gemacht werden. So ist aber die Verfassung nicht zu verstehen. Die Länder haben ihre Regierungen nach ihrem Willen und Gewissen selbst zu bilden. Wer diesen Gedanken angreift, der greift damit den staatlichen Charakter der Länder selbst an. Das hat Herr von Papen in einer so ausgeprägten Weise getan wie kein anderer. Ich werde getreu der Verfassung bis zum äußersten die bayerische Selbstständigkeit zu wahren suchen, und zwar auch dann, wenn mit Gewalt auf irgend eine Art der Kampf gegen uns aufgenommen wird. Ich bin darauf gefaßt und es ist zu hoffen, daß auch das bayerische Volk darauf gefaßt sein wird. Wenn man daran denkt, nur mit Gewalt eine Art Reichsregierung durchzuführen, und daß man einer Partei dann die ganze Gewalt in die Hände spielen will, und sich von dem Gedanken trennen läßt, einen Reichserbkaiser zum deutschen König unter Einfluß von Bayern zu machen, so ist das für uns ein Ding der Unmöglichkeit. Auf alle Fälle werden wir keinen preussischen Prinzen als deutschen König bekommen. Was wir Bayern in dieser Angelegenheit zu tun gedenken, ist ganz allein unsere Sache und geht niemand etwas an.

Die neue sozialpolitische Notverordnung

Etwa 29 Millionen für Härtemilderungen

Berlin, 18. Febr. (Eig. Meld.) Die Notverordnung zur Milderung von Härten in der Sozialversicherung und in der Reichsversorgung ist heute mittag vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden.

Im wesentlichen enthält die Verordnung die in den letzten Tagen schon verschiedentlich in der Presse genannten Bestimmungen und vor allem Vorschriften, die Erleichterungen für die Kriegsoption darstellen. Die in der Notverordnung im Einzelnen vorgesehenen Maßnahmen betreffen einen Mehraufwand von etwa 27 bis 29 Millionen Reichsmark.

Der Hauptanteil davon, circa 15 Millionen, machen die neuen Bestimmungen über die Invaliden- und Kriegsoptionen aus. Die in der Notverordnung vom 14. Juni vorigen Jahres enthaltenen sogenannten Invalidenvorschriften, die ein Ruhen der Rente aus der Invalidenversicherung für den Fall anderer Rentenbesitze vorsehen, sind sehr erheblich gemildert worden, und zwar in der Form, daß zum mindesten ein Drittel der Rente zahlbar bleibt. Im Zukunft dürfen höchstens 50 Mark der Invalidenrente ruhen bleiben. — Weitere 8 bis 10 Millionen Mehraufgaben sind dadurch bedingt, daß in Zukunft das Höchstalter für den Empfang von Kinderzulagen und Waisenrenten 16 Jahre (bisher 15 Jahre) beträgt. Besuchen bleiben daneben die Bestimmungen, die für Jugendliche in der Berufsausbildung die Weiterzahlung bis zum vollendeten 21. Lebensjahr vorsehen. Im zweiten Teil der Notverordnung ist dann eine Reihe von Erleichterungen, die im Verwaltungsbereich erfolgen sollen, in Aussicht genommen. Vor allem handelt es sich dabei darum, daß diejenigen Kriegsoptionen, deren Rente durch Kapitalbindung abgelöst worden ist und die in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in Not geraten sind, in Zukunft Unterstützung bis zu 500 Mark jährlich durch die Versorgungsämter erhalten können. In besonderen Fällen kann diese Unterstützung durch Genehmigung des Reichsarbeitsministers erhöht werden. Man rechnet dabei mit einem Gesamtbetrag von 1 bis 2 Millionen. Ferner ist eine

Reihe von Milderungen für die Kriegserwitwen vorgesehen, die Zulagen für Kinder und Angehörige erhalten. Diese Milderungen machen ebenfalls einen Betrag von 1 bis 2 Millionen Mark aus. Dazu kommen noch etwa 150 000 bis 200 000 Mark Zuschüsse für habierende Kriegserwitwen.

Aus Stadt und Land

Der Herr Staatspräsident hat je eine Lehrstelle an der evangelischen Volkshochschule in Hemmingen O. A. Leonberg dem Lehrer Walter Burg in Wildbad und in Balheim, O. A. Biehlheim, dem Hauptlehrer Kubin in Enzthal-Enzthal, K. A. übertragen.

Reutlingen, 19. Febr. In der am letzten Freitagabend im Reutlinger Saal abgehaltenen Sitzung des Gesamtausschusses des Verkehrsvereins machte der Vorsitzende, Bürgermeister Knodel, die Mitteilung, daß die Tagung des Verkehrsverbandes Württemberg-Hohenzollern, die in diesem Jahre hier abgehalten werden soll und mit der gleichzeitig das 25-jährige Bestehen des Verbandes verbunden ist, voraussichtlich am 10. Juni d. J. stattfindet. Zur Erledigung der hierfür in Frage kommenden Vorbereitungen soll ausgangs März eine weitere Ausschuss-Sitzung abgehalten werden, der der Geschäftsführer des Verbandes beizuwohnen wird. Ueber Autofahrten Stuttgarter Omnibus-Gesellschaften und Sonderzüge der Reichsbahn ins Enzthal, bez. nach Reutlingen, wurde des weiteren das Wort erteilt. Der Vorsitzende berichtete dann noch weiter über die Ergebnisse der von ihm besuchten und am letzten Dienstag in Stuttgart stattgefundenen Fahrplan-Konferenz. Es sei vorläufig zugestimmt worden, daß nunmehr am Stadthausplatz auch zu den Abenden ein- und ausgefahren werden könne. Ebenso soll der erste Frühzug in Richtung Wildbad früher gelegt werden und ein Anschlag von der Nagoldtalbahn aus auf den in Wetzheim 6.34 Uhr nachmittags abfahrenden Enzthalzug hergestellt werden. Am 20. Mai beabsichtigt der Verkehrsverein Enzthal, a. N. einen Ausflug nach Reutlingen und will gelegentlich des Besuchs am staatlichen Samstag Abend ein Konzert in der Turnhalle mitverbinden. Es wurde beschlossen, dem Enzthaler Musikverein diesen Tag für geeignet zu erklären und alles weitere dem hiesigen Musikverein zu überlassen. In der Frage einer Vertragsaufhebungsmission wurde beschlossen, den Beitrag auf Grund des letztjährigen Verfahrens wieder vom ganzen Ausschuss festzusetzen und im Hinblick auf die im Frühjahr zu erwartenden Ausgaben für Heilande und Werbung die Beiträge möglichst in Höhe zum Einzug zu bringen. Der Vertreter des Postamts im Ausschuss machte unter Punkt „Sonstiges“ noch die Mitteilung, daß von der Postverwaltung eine Verlegung des Briefkastens am Oberamtsschloßgebäude morgens vor Abgang des ersten Postzuges ab 1. März zugestimmt worden sei. Damit ist einmütigen Wunsch der hier verweilenden Reisenden und der hiesigen Geschäftswelt in dankbar entgegenkommender Weise der hies. Postverwaltung entgegenkommen worden. Vom Statistischen Landesamt sollen Weg-Orientierungskarten von Reutlingen und der näheren Umgebung im Maßstab von 1:25 000 bezogen werden, die an einem geeigneten Platz vom Bunde der Orientierung der hier weilenden und aufkommenden Fremden zum Ausband gebracht werden sollen. Nach Befragung einiger weniger wichtiger Punkte konnte Bürgermeister Knodel die Sitzung schließen.

(Wetterbericht.) Nordlicher Hochdruck beeinflusst die Wetterlage. Für Dienstag und Mittwoch ist zeitweilig aufheiterndes, namentlich nachts ziemlich frohnes, aber vorerst noch nicht heftiges Wetter zu erwarten.

Bernbach, 20. Febr. Unter Leitung von Landrat Lempp fand gestern hier die Ortsvorwahlen statt. Dabei wurde hies. Oberlehrer Wilh. Müller von Oberndorf mit 168 Stimmen von 248 gültig abgegebenen Stimmen zum Bürgermeister der Gemeinde gewählt. Der Gegenkandidat August Leucht, Verwaltungsrat, erhielt 80 Stimmen.

Württemberg

Utenfels, (Tödlcher Unglücksfall). Dem Postkutscher begegnete zwischen Heilbronn und Cimmannswiler mit seinem Fuhrwerk der verheiratete 32 Jahre alte Schreiner Fritz Koch von Utenfels. Dort, bei Cimmannswiler in Tübingen und mit seinem Kollegen nach Hause fuhr. Durch irgend einen Umstand, offenbar kam er nicht aus dem getrockneten Wagen aus der Straße heraus, stürzte er vom Rad und wurde gegen das Auto geworfen, wobei er, ohne überleben zu werden, sich so schwere innere Verletzungen zuzog, daß er alsbald starb. Der Kraftwagenführer, der sofort anhalten sollte und der Arbeitshilfe, der vorausgegangen war und zurückkehrte, konnten nur noch den Tod des Verunglückten feststellen. Das Gerücht nahm noch in der Nacht die Unternehmung des Falles vor.

Freudenstadt. (Schnee). Zum erstenmal in diesem Winter hat es, ausgerechnet am 17. Februar, dem Tag, an dem die Schneefesttagskämpfe beginnen sollten, richtig und tüchtig mehrere Nachmittags-

Der Kaiserwalzer

Ein Roman aus Oesterreich von O. Raafes.

73) Vertrieb: Romanverlag R. & D. Greiter, G. m. b. H., Kallstadt Die Lage vergehen. Die Welt blüht auf, die Bäume tragen herrlichen Blütenkranz. Der Mai rückt heran. Und der Kaiser gibt draussen in Schönbrunn ein Fest. Graf Marosch wird mit Tessa zu Hofe geladen. Auch Alexander empfängt die Einladung des Hofmarschallantes. Und ein kaiserliches Hand schreiben liegt dabei.

Alexander macht erst ein finsternes Gesicht, dann lacht er auf. Du zwingst mich nicht, denkt er. Jetzt nicht mehr, jetzt, da ich liebe und meinen Weg kenne!

Der Kaiser teilt ihm mit, daß er mit seiner Mutter Rücksprache über seine Zukunft gehabt habe und daß es der Beschluß seiner Mutter sei, daß er wieder in die Armee eintrete und daß er standesgemäß heiraten solle. Seine Eltern hätten beschlossen, ihn mit der Tochter des Herzogs Graf, Prinzessin Juliane, zu verheiraten. Er werde Gelegenheit haben, die Prinzessin am Freitag in Schönbrunn kennen zu lernen.

Der Kaiser verlanat zum Schluß ausdrücklich, daß er seinen Wünschen als Sohn erlauchter Eltern nachzukommen habe.

Alexander ist ruhig, als er den Brief gelesen hat. Er weiß, daß sich der Kaiser nur deswegen so sehr um ihn kümmert, weil sein Vater oder seine Mutter in der aller-nächsten Nähe des Kaisers zu suchen sind.

Er will nicht und wird nicht!

Er fühlt, daß jetzt alles zur Entscheidung drängt. Gewiß, er ist freier Staatsbürger dieses Landes, aber der Kaiser hat die Macht, ihn müde zu machen.

Das darf nie geschehen. Er weiß jetzt, daß ihm nur eine Möglichkeit übrig bleibt.

Er muß außer Landes gehen, bis der Kaiser anderen Sinnes geworden ist.

Er denkt nicht daran, die ertungene Freiheit aufzugeben. Er denkt nicht daran, sich verheiraten zu lassen.

Er sucht Graf Marosch auf und findet Tessa bei ihm. Haben Sie eine Einladung zum Fest des Kaisers in Schönbrunn erhalten, Herr Graf?

Marosch bejaht.

Auch ich bin geladen!

Tessa sieht ihn erstein an. Alexander fährt fort.

Die Majestät hat mir persönlich geschrieben. Der Kaiser verlanat, daß ich wieder in die Armee eintrete und wünscht meine Verheiratur mit der Prinzessin Juliane Graf, es soll mir dann der Titel eines Herzogs von Burg-hausen verliehen werden.

Tessa ist bleich geworden, sie zittert am ganzen Körper.

Und was... was werden Sie tun? stößt sie hervor.

Ich will kein Herzog sein und mich gelüht es weder, in die Armee einzutreten, noch eine gebürtige Prinzessin zu heiraten! Ich will mein Leben leben, so wie ich es selber will. Da hat mir kein Mensch drein zu reden. Meinen Eltern räume ich nicht das Recht ein, über mich zu bestimmen.

Was wollen Sie tun, Alexander? Der Graf legt seine Hand auf Alexanders breite Schulter.

Ich will Oesterreich verlassen! Ich muß der Gewalt des Kaisers entrückt sein, ich will nicht aufgerieben werden in einem künftigen Kampfe.

Tessa starrt ihn entsetzt an. Sie kann es nicht bezweifeln. Alexander will fort.

„Ich denke, es bis zwei Jahre werden genügen, um die Sinnesart des Kaisers zu ändern, um ihn davon zu überzeugen, daß ich mich nicht beugen lasse. Ich werde dem Fest in der Hofburg beiwohnen. Und von dort reise ich nach Triest und schiffe mich nach Amerika ein.“

„Lieders Meer...!“ sagt Tessa mit bebenden Lippen.

Um des Grafen Mund wußt es. „Lieber Freund...“

uns wird so noch ums Herz bei Ihren Worten. Wir sind uns so nahe gekommen und jetzt sollen vielleicht Jahre vergehen und wir sehen uns nicht. Das ist bitter, Freund Alexander!“

„Ja, es ist bitter!“ sagt der Mann schwer atmend. „Alles wird mir fehlen, ich weiß es, aber ich will mir mein eigenes Leben damit ertrogen. Es muß sein!“

Stille ist im Zimmer.

„Ja, es muß sein!“ sagt Marosch fest. „Alexander...“

ich will in Wien alles für Sie in Ordnung bringen. Ihren Auslandspaß, das Bismarck des amerikanischen Botschaften. Ich werde mich erkundigen, wann das Schiff fährt, das Sie am besten nach dem Fest in Schönbrunn hinüber trägt. Aber eins sollen Sie mir versprechen: wenn Sie wieder heimkehren nach der Heimat... dann soll Ihr erster Weg nach Oberamt sein.“

„Ich verspreche es Ihnen, Herr Graf!“

Der Feldmarschallleutnant, Herr von Holzendorff, hat bei dem Kaiser nachgesehen, daß das Hausgebet der Holzendorffs eine Aenderung erfährt, die es seinem Reffen Folgeb von Holzendorff erlaubt, das Majorat zu übernehmen, trotz seiner nicht ebenbürtigen Frau.

Der Kaiser weiß von der Sexat und ist sehr böse.

Fortsetzung folgt.

stunden lang anhaltend geschneit. Wir haben jetzt eine schöne weiße Winterlandschaft und eine, wenn auch mäßige, so doch einmal neuwertige Schneedecke von 10 Zentimetern.

Heilbronn. (Fortführung des Theaterbetriebs gefichert.) Der Generalrat hat auf das Gesuch des Theaterpersonals beschlossen, den Wänschen des Theaterpersonals auf Weiterführung des Betriebes bis 15. März ds. Js. im Zusammenwirken mit der Theaterdirektion möglichst entgegenzukommen und dessen Bestrebungen zu unterstützen. Weiter die nähere Regelung ist noch mit den Beteiligten zu verhandeln. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen.

Heilbronn. (Wer hat ein Auto... verloren?) Zwischen Freudental und Löhgan wurde am Freitag vormittag ein herrenlos an der Straße liegendes Auto aufgefunden. Der Koffer war eingefroren, der Zylinder gesprengt; der Wagen mußte abgeschleppt werden. Nachforschungen haben ergeben, daß der Wagen nach Tübingen gehört. Wer er aber nach Löhgan-Freudental kam, konnte noch nicht ermittelt werden.

Stuttgart. (Kundstunde Hüllers.) Der Reichshauptmann wird am 21. Februar in einer Wahlversammlung in Frankfurt a. M. sprechen. Diese Rede wird nicht nur auf den Reichshauptmann, sondern zugleich auch auf den Südb. Rundfunk übertragen werden, um so gemäßigteren die durch den Sabotageakt in Stuttgart verursachte Störung auszugleichen. Es soll daran, die wegen der Verhinderung des Redens damals die Ausführungen Hüllers nicht hören konnten, Gelegenheit gegeben werden, das nachzuholen.

Stuttgart. (Wahlkampf a. Papen kommt nach Stuttgart.) Papen wird hierherkommen, um im Wahlkampf zu sprechen. Die Veranlassung, in der er sprechen wird, findet am 3. März in der Stadthalle statt. Es ist beabsichtigt, seine Rede auf alle Sender zu übertragen.

Stuttgart. (Keine Kündigungen beim Südb.) Die Anweisung des neuen politischen Reichslandfunkkommissars Dr. Krüdenberg betr. Kündigung beim Südb. Rundfunk ist abgelehnt. Die Leiter der Reichslandfunkgesellschaften dürften, wie wir erfahren, bei der Südb. Rundfunk A.G. Stuttgart keine praktische Auswirkung haben, da, mit Ausnahme eines Falles, die leitenden Angestellten noch längere Zeit laufende Verträge haben. Nur bei einem Angestellten läßt der Vertrag demnächst ab. Da der Betreffende jedoch Mitglied des Betriebsrates ist, könnte ihm nur mit Zustimmung des Betriebsrates gekündigt werden.

Stuttgart. (Unterbringung der Abiturienten 1933.) Der Reichsbund deutscher Vereine ehemaliger Höherer Handelsschüler E. S. Stuttgart hat an sämtliche deutschen Handelsschulvereine das Erlauchen gerichtet, in erster Linie darauf hinzuwirken, daß die diesjährigen Abiturienten mit Hochschulreife, die sich wirtschaftlichen Berufen zuwenden wollen, zuerst einen einjährigen Kurs an einer Höheren Handelsschule mitmachen, weil unter den gegenwärtigen erschwerenden Wettbewerbverhältnissen ein auskömmliches Fortkommen in der Wirtschaft nur bei gründlicher fachlicher Vorbildung möglich ist. Von den vorjährigen Abiturienten und Abiturientinnen besuchen gegenwärtig über 1100 Höhere Handelsschulen. Die Mehrzahl dieser Abiturienten wird in Sonderjahresturmen unterrichtet, die hauptsächlich an den Höheren Handelsschulen Preußens, aber auch in Baden, Hessen und Württemberg eingerichtet sind und sich durchaus bewährt haben, sodaß mit deren Beibehaltung und weiterer Ausdehnung sicher zu rechnen ist.

Mühlhausen a. N. (A. Stuttgart (Lebensversicherung).) Hier wurde am Reden des Webers der ehemaligen Baumwollspinnerei Arnolds eine weibliche Leiche aufgefunden. Die Staatsanwaltschaft stellte fest, daß es sich bei der 1. Monate alten Leiche um das 24-jährige ledige Dienstmädchen Marie Pöster von Kohlberg, O.A. Mühlhausen, handelt. Das Mädchen ist von seinem Verlobten in schändlicher Weise betrogen worden und hat deshalb seinem Leben ein Ende gesetzt.

Öppingen. (Ein tödlicher Spieß.) Ein in einem kleinen Betrieb wurde dieser Tage eine Arbeiterin von ihren Kolleginnen darauf aufmerksam gemacht, daß angeblich ein Arbeitsschloß vorhanden sei und für diesen ein Kranz bestellt worden müsse. Die Arbeiterin besorgte auch den Auftrag und ließ das Angebot durch den Eigentümer mit entsprechender Widmung in das angebotene Erwerbsloos schicken. Wie groß aber war dort das Entsetzen, denn der angeblich tote Arbeiter sollte sich freigegeben hinter dem Tisch und lachte. Die ganze Geschichte stellte sich als ein Spieß heraus, den die Arbeiterinnen ihrer Kollegin spielten und der ihr neben dem Spott, den er auf den Kränzlaut zu ertragen hatte, noch eine weitere finanzielle Auslage in Gestalt des nicht unerheblichen Kranzgebührens einbrachte. Wie man hört, soll der Ehrenmann der Heringsfabrik wegen des finanziellen Schadens nicht gerade glücklich sein.

Leinzell, O.A. Ostlind. (Drückende Not in Leinzell.) Wie schwer die Gemeinde Leinzell von der Katastrophe des Zusammenbruchs der Firma Hymann getroffen worden ist, zeigen folgende Zahlen: Die Gemeinde umfaßt rund 1000 Einwohner. Davon sind fast 20 in Arbeitslosigkeit. 25 waren bei Notstandsarbeiten untergebracht und weitere 25 junge Leute waren im Freizeitarbeitsdienst zusammengefaßt. Die Gemeinde hatte selbst 12 ungesessene Wohlfahrtsfürsorgemitarbeiter zu betreuen. Der Konkurs vermehrte die Zahl der Arbeitslosen um volle 200, jedoch heute 220 Arbeitslose auf der Straße stehen. Die Gemeindekasse ist leer. Ihre Schulden gehen in viele Tausende. Die Gemeindeverwaltung kann von sich aus keine ausreichende Hilfe leisten. Landrat Dr. Joch hat zwar dafür gesorgt, daß einige Lastwagen mit Lebensmitteln verteilt wurden, aber der Bedarf ist groß und Hilfe tut dringend not.

Schwannheim. (Zahlungsverweigerung des Bismarck.) Die J. Bismarck, Chem. Fabrik hier, hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Bismarck ist eine der größten Schmelzwerke. Die Zahlungsverweigerung reicht auf verschiedene Monate zurück. Die Angestellten haben seit etwa 1. Oktober a. S. nur noch kleinste Kontostatungen bekommen. Am Freitag haben nunmehr auch die Arbeiter keinen Zahlung erhalten. Sämtlichen Angestellten ist bereits dieser Tage auf 1. April gekündigt worden; eine Kündigung der Arbeiter wird folgen. Inzwischen ist eine Vergleiche soll bereits ein Liquidator bestellt sein. Das Bismarck beschäftigt zurzeit 350 Angestellte und Arbeiter einchl. der Reisenden.

Dietzenheim, O.A. Laupheim. (Seltener Fang.) Ein Bär-Wild, sogenannte Lebensschäfer, in unserer Gegend sehr selten vorkommende Ragetiere, wurden in den Obstanlagen beim Badenweiler im Unteren Köhler gefangen. Schon etliche Jahre müssen sich diese unerfährlichen Ragetiere dort aufhalten. Im Herbst machte man die Beobachtung, daß sichere Obstsorten in wenigen Tagen reiflos von den Bäumen verschwinden waren, nur Obstreste lagen zerbrochen und zernagt auf dem Boden. Die Schuld wurde den Eichhörnchen zugeschrieben, da der Aufenthalt der Bär-Wild bisher noch nicht bekannt war, die gerade in Obstgärten großen Schaden anrichten. Somit sind die Tiere Allesfresser und verzehren sogar Eichen, Bucheln, Haselnüsse, als auch tierische Kost, wie Aalogen, Maiskörner, Böhlen usw. Tierfreunde können die Bär-Wild lebend gefangen in einem Käfig bei Landwirt Strohmayer befragen.

Bühlertann, O.A. Ellwangen. (Der Warden im Tauben-schlag.) In letzter Zeit kamen öfters Tauben abhanden. Wo hin sie kamen, wußte man nicht. Bei einem Landwirt wurde der ganze Schlag geküchelt, etwa 15 Stück. Tote oder Federn blieben nicht zurück. Dem hiesigen Oberlandjäger ist es nun gelungen, den Warden in einem 15-jährigen Schulbüchsen ausfindig zu machen. In einem Falle, wo der ganze Schlag geleert wurde, hat die unerfährliche Dienstmagd des besessenen Landwirts mitgeholfen. Die Tauben wurden auf den benachbarten Taubenböden und auf dem kalten Markt in Ellwangen verkauft.

Vom bayerischen Allgäu. (Brandstifterin aus unglücklicher Liebe - 5 Jahre Zuchthaus wegen Brandstiftung.) Die 35 Jahre alte Dienstmagd Anna Schab von Raumbühl bei

Probried hatte in einer Anwandlung unglücklicher Liebe am 25. September vorigen Jahres das Anwesen des Paters ihrer früheren Freundin angezündet. Das Haus brannte mit dem Stadel und allem Inventar bis auf die Grundmauern nieder. Die Brandstifterin wurde vom Schwurgericht in Rempten zu 2 Jahren 4 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Das Schwurgericht von Rempten verurteilte den Braugehilfen Johann Brandstetter von Jochenhausen, der die Säuberung und den Stadel seines Dienstherrn angezündet hatte, zu 5 Jahren Zuchthaus.

Die Ortsvorsteher verlangen Verlängerung ihrer Amtszeit

Heilbronn. Am Samstag fand im Niedertrughaus Heilbronn durch den Unteren Redargun des Vereins württ. Ortsvorsteher und Körperschaftsbeamten eine gut besuchte Versammlung statt. Nach einleitenden Begrüßungsworten des hiesigen Vorsitzenden Bürgermeister Komposten ergriff der Vorsitzende der württ. Ortsvorstehervereinerung, Bürgermeister Roth-Kustman, das Wort, um zu der Frage der Verlängerung der Amtszeit der Ortsvorsteher in der jetzigen Amtszeit Stellung zu nehmen. In der anschließenden regen Diskussion wurde von verschiedenen Rednern auf die jetzigen unzulässigen Zustände hingewiesen und dringend im Interesse des Volksganges eine Aenderung gefordert. Der Regierung rufen wir zu: „Dankt, bevor es zu spät ist.“ Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die in Heilbronn tagende Versammlung von Ortsvorstehern und Körperschaftsbeamten des Unteren Redargun gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß in einer Zeit: a) in der es hart auf hart geht, die Notverordnungen gegenwärtig autoritärer Regierungen sich häufen und das Volk sich in einem noch nie dagewesenen Erregungszustand befindet, b) in der der Ortsvorsteher immer wieder Aufträge und Vermittlungen unter freiem Himmel im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu erledigen genötigt ist, und c) in der er im Interesse des Volksganges mit Zwangsmaßnahmen aller Art vorzugehen muß, eine Verlängerung der Amtszeit der Ortsvorsteher, deren Wahlperiode am 1. Januar 1937 abläuft, im Interesse von Reich, Land und Gemeinden sowohl wie der beteiligten Ortsvorsteher selbst eine absolute Notwendigkeit ist. Die Versammlung bedauert die wenig verantwortungsbewusste Stellung verschiedener Parteien des Landtags in dieser Frage und richtet an die württ. Regierung die dringende Bitte, das Erforderliche im Wege der Notverordnung unverzüglich vorzunehmen.“

Verbesserungen und Vereinfachungen für Reg- und Bezirksarten

Stuttgart, 16. Febr. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion Stuttgart treten am 1. März neue Bestimmungen für die Reg- und Bezirks- und Bezirksstellenarten in Kraft, die diese Einrichtungen wesentlich verbessern und vereinfachen. Der Geltungsbereich der Regarten mit 1-Monatsdauer wird von etwa 600 auf 7000 Kilometer ausgedehnt, dabei werden die Preise für die Regarten um je 10 M. (3. Kl. 90 M., 2. Kl. 120 M.) gesenkt, während die Vereinfachungen für aufschleppende Regarten noch größer sind. Richtig darf mit den Regarten 3. Klasse auch die 2. Klasse in Personenzügen ohne Aufsichtsbahn genutzt werden. Die Wünsche der württ. Interessenten auf bessere Reserverbindungen mit anderen Regarten und Vereinfachung von Korridoren zwischen einzelnen Regarten sind durch die zahlreichen Weiterentwicklungen reiflos befriedigt worden. Die Preise der ebenfalls 1 Monat gültigen Bezirksarten sind auf den jetzigen Preis der kleinen Bezirksarten Personenzug gesenkt worden (künftig 3. Kl. 40 M., 2. Kl. 52 M.), bei einem Geltungsbereich von etwa 1000 km. Eine grundlegende Neuerung sind die Anschlussbestimmungen mit ganz erheblich vermindertem Preis, nämlich 15 M. für die 3. Kl. für die 2. Kl. 21 M. (Geltungsbereich Sonntag bis Samstag). Vorgesehen ist auch eine neue Preisermittlung. Neu geschaffen werden zwei Bezirksarten für die Gebiete um Heilbronn und um Ulm. Neben alle Einzelheiten unterrichtet ein von der Reichsbahn ausgearbeitetes Uebersichtsblatt. Die Inhaber der Reg- und Bezirksarten, die an den Bodensee grenzen, zahlen ab 1. März auf den Bodenseeschiffen nur halben Fahrpreis.

Finanzermäßigung für staatliche Baudarlehen

Von Fall zu Fall - nach Prüfung

Stuttgart, 18. Febr. Die Württ. Landestreditanstalt hat nunmehr zur Stellung von Anträgen auf Finanzermäßigung bei Ausübung der Tilgung bei gewählten Baudarlehen einbehaltliche Fragebogen geschaffen. Danach müssen die einzelnen Darlehen getrennt aufgeführt und zur Begründung der Gesuche noch weiter beigefügt werden: eine Rentabilitätsberechnung für das Jahr 1933, eine Liquiditätsberechnung auf 31. Dezember 1932, eine Aufstellung zur Kapitalbewegung für das Geschäftsjahr 1933, sowie schließlich eine letzte Bilanz und ein letzter Revisionsbericht, zutreffendfalls auch noch besondere Gründe. In dieser Form gelten die Anträge hauptsächlich für Genossenschaften, die durch Bauen in den Jahren 1926-1930 mit ihrem überhöhten Darlehen, sowie durch die starke finanzielle Einengung ihrer Mitglieder infolge der Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind. Es handelt sich dabei auch nur um genossenschaftsähnlichen Darlehen, während Eigentümer von sogenannten Erwerbshäusern ihre Gesuche selbst vorlegen müssen. Diese nunmehr getroffene Ordnung ist bisher der einzige Erfolg der bereits mehrfach gefassten Beschlüsse des Landtags und des Finanzausschusses auf eine generelle Finanzermäßigung der von staatlicher Seite gewährten Baudarlehen und auch das wurde nur erreicht durch die fortwährenden Gesuche und Klarstellungen von Seiten des Landesverbandes der gemeinnützigen Bauvereine Württembergs. Schließlich hat auf das vielbesagte Drängen im Innenministerium unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Kische eine Besprechung stattgefunden, der Vertreter des Württ. Bauvereins und Giroverbandes, der Landesversicherungsanstalt Württemberg, der Landestreditanstalt, des Württ. Städte- und Gemeindeförderung und des Verbandes der Bauvereine anwohnten, und bei der allgemein anerkannt wurde, daß den in Not geratenen Genossenschaften geholfen werden müsse.

Politische Ausbreitungen in einer Wahlversammlung des Wirtschaftsministers Dr. Raier

Oberndorf a. N., 18. Febr. Am Freitagabend beanstandete die hiesige Ortsgruppe der Demokratischen Partei eine öffentliche Wahlversammlung, in der Wirtschaftsminister Dr. Raier sprach. Die Versammlung war überaus gut besucht, der Saal überfüllt. Dem Saalbesuch übernahmen die Mitglieder des hiesigen Reichsbanners. In die Versammlung waren auch viele SA-Leute in Zivil aus den Oberamtsbezirken Oberndorf und Zull gekommen. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Versammlungsleiter verlangte die nationalsozialistische Opposition, daß ihr Diskussionsrecht zugesichert werde. Es erhob sich ein minutenlanges Lärm. Immer wieder erlitten die hiesigen Rufe: Diskussion. Da der Versammlungsleiter die Zustimmung zu einer freien Diskussion nicht gab, tobte der Lärm weiter. Der einzige anwesende Polizeibeamte griff ein und ermahnte die Raier im Streite zur Ruhe. Die Ermahnung fruchtete aber erst, als im Hintergrund des Saales der nationalsozialistische Land-

tagsabgeordnete Reiner-Ludwigsburg, der seinerzeit im Landtag den Fall Raier zur Sprache gebracht hatte, erklärte, erst wenn ihm eine halbe Stunde Redefreiheit zugesichert werde, dürfe er dafür, daß die Nationalsozialisten die Rede des Wirtschaftsministers ohne Juchensrufe zu machen ruhig anhören werden. Nach längerem Hin und Her wurde ihm dann eine viertelstündige Redezeit zugesichert. Inzwischen waren einige Landtagsbeamte als weiterer Saalbesuch herbeigerufen worden. Wirtschaftsminister Dr. Raier konnte dann mit seinen Ausführungen beginnen, wurde aber oft durch Juchensrufe unterbrochen. Juchensrufe wie Lärm und Schall fielen. Der Wirtschaftsminister bedauerte besonders den Osthilfe-Standal und erklärte dann weiter zum Fall Raier, daß er sich hier nicht verteidigen müsse, vielmehr müßten die Nationalsozialisten ihre unüberlegten Angriffe verteidigen. Der Saal seiner Rede wurde von Hell Hitler-Rufen überfüllt. Der Versammlungsleiter erklärte darauf die Versammlung für geschlossen. Damit waren aber die Nationalsozialisten um ihre Aussprache gekommen, was den Aufstand zu heftigen Angriffen bildete. Alles bedrohte dem Ausgang zu. Die Nationalsozialisten riefen: Hier bleiben! Einige SA-Leute stürzten über die Tische hinweg zum Ausgang, um diesen abzuriegeln. Zahlreiche Biergläser gingen in Trümmer. In dem engen Saal gab es ein großes Gedränge. Im Saal war eine Keilerei im Gange. Die Landtagsbeamten saßen da. In dem Kampf spielten auch Lederrücken eine große Rolle. Ein junger SA-Mann erhielt von einem Landtagsbeamten, der das Seitengewehr gezogen hatte, einen leichten Stich in Kopf und Arm. Wirtschaftsminister Dr. Raier konnte zu seinem Auto gebracht werden und fuhr nach Stuttgart weiter. Die Nationalsozialisten eröffneten darauf eine neue Versammlung, in der Landtagsabgeordneter Reiner die für die Diskussion vorgezeichnete Verteidigungsbühne hielt.

Letzte Nachrichten

Zeitungsverbote in Baden

Karlsruhe, 19. Febr. Wie amtlich mitgeteilt wird, ist die in Heidelberg erscheinende Zeitschrift „Fäker Note“ auf die Dauer von 8 Tagen verboten worden, weil in einem Artikel in Nummer 37, vom 14. Februar 1933, Ausführungen enthalten sind, die eine böswillige Verächtlichmachung der Reichsregierung, insbesondere des Reichsministers, zum Inhalt haben.

Weiterhin wurden die beiden sozialdemokratischen Zeitungen „Volkstreu“ Karlsruhe und „Freie Presse“ Wiesbaden wegen eines in Nr. 40 vom 16. Februar enthaltenen Artikels auf die Dauer von drei Tagen verboten und auf Ersuchen des Reichsinnenministers wegen eines in Nr. 36 enthaltenen Artikels vom 13. Februar die „Deutsche Bodenbesetzung“ in Konstanz auf die Dauer von 8 Tagen verboten. Die Verbote treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die „Germania“ verboten

w. Berlin, 18. Febr. Der Reichspräsident hat von morgen ab die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Germania“ für drei Nummern verboten. Die nähere Begründung des Verbotes steht noch aus. Auch die „Wirtschaftliche Volksgemeinschaft“, ein Kopfsblatt des Verlags für die Provinz Brandenburg, ist für denselben Zeitraum verboten worden.

Neuregelung der Holzgölle

w. Berlin, 18. Febr. In der heutigen Ausgabe des Deutschen Reichsanzeigers wird eine Verordnung veröffentlicht, durch die die Gölle für Holz neu geregelt werden. Diese Holzverordnungen waren notwendig, um der immer noch leidenden deutschen Forstwirtschaft in härterer Weise als das bisher möglich war, den deutschen Markt zu sichern und überflüssige Einfuhren fernzuhalten. Die durch diese Maßnahme zu erwartende Verbesserung des Absatzes für deutsches Holz wird auch zu einer günstigen Beeinflussung der Preise führen, die zur Zeit nur etwa auf der Hälfte der Friedenspreise liegen.

Schwere politische Zusammenstöße in Dobron

Ein Toter, zahlreiche Verletzte

Rostock, 19. Febr. Heute Abend kam es in Bad Dobron auf dem Schützenplatz anläßlich eines Reichsbannerfestes, an dem auch Kommunisten teilnahmen, zu schweren Zusammenstößen mit Nationalsozialisten, die von einem SA-Vormarsch in Rostock zurückkehrten. Als die beiden Züge aufeinandertrafen, wurden etwa 30 Schüsse abgegeben. Sämtlich bisher festgehalten werden konnte, wurden zwei Nationalsozialisten und neun Reichsbannerleute schwer verletzt nach Rostock in die Klinik überführt werden. Ein Kommando Rostocker Schutzpolizei wurde nach Dobron entsandt.

Die Schieferer württ. Nationalsozialisten und Reichsbannerleute in Bad Dobron hat ein Todesopfer gefordert. Der Reichsbannermann Hans Wall aus Bad Dobron wurde durch einen Herzschlag sofort getötet. Die in die Rostocker Klinik eingelieferten 21 Verwundeten haben sämtlich Schussverletzungen erlitten. Die schweren Verwundeten sind entstanden, als von einem sozialdemokratischen Demonstrationszug schwere Beschimpfungen gegen den Reichsbanner ausgeföhrt wurden. Die Reichsbannerleute unter Führung des Stadtbannerführers Frank kürzten sich auf einige aus Rostock von einem Aufmarsch zurückkehrende SA-Leute, worauf sich die folgenschweren Schieferer entwickelte. Verhaftungen wurden bisher nicht vorgenommen.

Turchbare Familientragödie

w. Tschelisch (Schlesien), 18. Febr. Eine turchbare Mutter erkrankte sich in der Nacht zum Samstag in dem Dominikal-Striele. Der Invalidenrentner Paul Heibel hat seine beiden erwachsenen Söhne Otto und Richard und seine Tochter Emmy mit einem Beil erschlagen, das Haus, in dem die Familie wohnte, angezündet und sich dann in einer Scheune erhängt. Der Täter zeigte seit einiger Zeit Anzeichen geistiger Störung. Morgen wollte der älteste Sohn Richard heiraten und der Vater hatte gedroht, seine Kinder zu erschlagen, wenn es zu der Hochzeit kommen sollte. Die Frau des Täters und auch die Braut des Sohnes sind mit dem Leben davongekommen. Von dem Hause brannte der Dachstuhl ab.

Wirtschaft im Blick

Erneute Kapitalflucht. Die kurze Erholung der deutschen Rentenmärkte hatte einer weiteren Abschwächung Platz gemacht. Im Zusammenhang damit ist, wie die „Bank“ berichtet, der wir hier folgen, in ihrer neuesten Nummer berichtet, der Rückfluß deutscher Auslandskapitalien, der Ende vorigen Jahres zu beobachten war, in die entgegengesetzte Bewegung umgeschlagen. Zwar wird von der Währung nichts befürchtet, doch erfolgt die Abwanderung deutschen Kapitals aus anderen Gründen: Die Reichsbank hat Kreditzusagen von rund eine Milliarde Reichsmark gegeben, der Ausgang der schwebenden Stillhalterverhandlungen ist ungewiß und Reich und Gemeinden stehen einem starken Finanzbedarf gegenüber. — Kapitalflucht in Augenblicken, wo Millionen auf Arbeit warten, ist wirtschaftlicher Hochverrat!

492 Millionen Reichsmark Rußland-Aufträge. 1932 sind der deutschen Wirtschaft von Rußland Aufträge im Betrage

von rund 42 Millionen Reichsmark erteilt worden. Davon entfallen u. a. auf bergbauische und metallurgische Maschinen rund 84 Mill. RM, auf Transportmaschinen 30 Mill. RM, Elektroimport 36 Mill. RM, Werkzeugmaschinen 67 Mill. Reichsmark, während der chemische Import nur mit rund 10,5 Millionen RM beteiligt ist.

Aus Welt und Leben

Die Angst vor der Grippe. Bekanntlich ist die Ausbreitung einer Betriebsstörung in Büros oder Kneipen durch zahlreiche Erkrankungen des Personals ziemlich nahelegend. Aus diesem Grunde hat das Londoner Telefonamt angeordnet, daß die Londoner Telefonistinnen täglich vor Beginn ihrer Tätigkeit gurgeln müssen. Außerdem wird eine desinfizierende Flüssigkeit in ihren Arbeitsräumen gesprüht. Eine Desinfektion der Arbeits- und Wohnräume ließe sich auch bei uns mit geringen Mitteln durchführen.

Die Sittlichkeitsplante. In dem Maritimen eines angrenzenden Bezirks, so erzählt der „Land- und Seebote“ in Starzberg, wurde im letzten Sommer eine Badaufsicht errichtet. Die gegenwärtige von einer Anwohnerin beschwerde eingereicht, daß die Plante nicht hoch genug seien, sie könne nämlich von ihrer Wohnung aus direkt in das Bad hineinschauen. Die Gemeinde nahm es mit dieser Beschwerde nicht sehr ernst, ließ oftmals den Sommer verstreichen und nahm erst in den vergangenen Wochen diese Stellung. Sie ließ durch den Polizeiwachtmeister die Sache untersuchen, der vom Fenster der Wohnung mit dem besten Willen nichts sehen zu können glaubte, weshalb er die Beschwerde als unbegründet zurückweisen wollte. Die hochmoralische Frau enttäuschte sich hierüber und gab dem Wachtmeister zur Antwort: „So, Sie sehen nichts? Stellen Sie mal hier den Stuhl auf den Tisch am Fenster und steigen Sie hinauf, dann sehen Sie alles, alles...!“

Der halbierte Joidel. Viel Lärm um nichts, könnte man jetzt über die damalige viel delirische Badefestungsverordnung des Herrn Pracht schreiben. Bekanntlich geht auch Herr Pracht in Preußen den Weg aller Minister, und was geschieht jetzt mit dem Joidel? Der Hauptauschuss des Reichstages hat am Tage nach Dillers Ernennung zum Reichslantler die im sogenannten „Joidelerlass“ vorgeschriebenen einschränkenden Bestimmungen hinsichtlich der Badefestleitung der Männer mit großer Hebräer aufgehoben! Der Joidelerlass gilt also nur noch für Frauen. Aber so geht es, wenn man Badeerlässe im Herbst macht. Bis zum Sommer haben die Rotten Löcher darin getroffen.

Rückständigkeit. Im 1000jährigen Dinkelsbühl werden die Briefsendungen mit Hilfe einer an einer Schnur herabgelassenen Tische vom Postboten in Empfang genommen; wer auf einen Brief wartet, legt sich in der Veste mit dem Namen auf die Lauer. Joidelische Zustände. In Berlin müssen jedoch, wie „Wissen und Fortschritt“ dazu bemerkt, die Briefträger sofort Treppen steigen, daß sie bei gleicher Leistung im Vergleich täglich auf die Jagdplätze gelangen könnten.

Ein Viehhirt Schmeißer. Der bekannte österreichische Schmeißer Anton Seelos, der auch bei den F.A.S.-Nennen im Jandbrud hervorragend abkann, ist im Sommer, was nur wenige wissen, den Beruf eines Viehhirten aus. Da er im Winter Schmeißer ist und sich deshalb nicht besonders trainieren kann, ist seine Leistung umso erschaunlicher.

Eine riesige fossile Land Schildkröte wurde in den Swastbergen in Kordindien ausgegraben. Sie war laut Natur und Kultur nicht weniger als 2,30 Meter lang. Man meint, daß ihr Gewicht mehr als 300 Pfund und daß das Lebensalter des Tieres bei 500 Jahre betragen habe.

3000 Mark für eine deutsche Novelle. In dem Februarheft von Welken und Klafings Monatsheften ist ein neuartiges Preiswettbewerb erlassen worden. Alle deutschen Erzähler, die berühmten wie die unbekannteren, werden aufgefordert, kurze

Novellen einzusenden. Soweit sie geeignet sind, werden sie abgedruckt und nach guten Sagen honoriert. Darüber hinaus erkennen die Leser in einer am Schluß des Jahres vorzunehmenden Abstimmung einen Ehrenpreis von 3000 Reichsmark derjenigen Novelle zu, welche ihnen am besten gefallen hat. Für ihre Urteilsfindung werden die Preisrichter durch wertvolle Vorschüsse belohnt. Es ist sehr verdienstlich, einmal das Publikum selber zu befragen, was ihm gefällt, denn überall wird vom Publikumsgeheim gesprochen, ohne daß man sich die Mühe nimmt, ihn zu ergründen.

Die Ausbreitung des Koloradoskäfers, des gefährlichsten Kartoffelschädling, macht in Frankreich dauernd Fortschritte. Von 88 Departements sind 54 von dem Käfer heimgesucht. Ein Drittel der Gesamtfläche des Landes ist bereits von ihm befallen, trotz aller behördlichen Anstrengungen.

Ein Grab von Schill'schen Offizieren entdeckt

Aus Holland kommt eine Meldung, deren Befähigung noch abgewartet werden muß, die aber viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Man will ein Grab von erschossenen Offizieren des Schill'schen Freikorps aufgefunden haben. Auf dem „Galgenfeld“ bei Deventer fanden spielende Kinder Teile eines menschlichen Skeletts, bei denen ein Uniformknopf, Ueberreste eines Waffenrockes und ein Brief lagen. Wie die holländischen Zeitungen berichteten, glaubte man zunächst, daß es sich um die irdischen Ueberreste eines Soldaten handelte, der aus irgendeinem Umstand während des Weltkrieges zu Tode kam. Es wurden daher behördliche Nachforschungen angestellt, die ein sensationelles Ergebnis hatten. Danach handelt es sich um die irdischen Ueberreste eines Offiziers des Schill'schen Freikorps, das bei dem Gefecht bei Stralsund ausgerufen wurde. Bei dem Brief, der aufgefunden wurde, handelt es sich um den Abschiedsbrief eines Schill'schen Offiziers an seine Angehörigen. Der Brief ist vom 16. September 1809 datiert, und nach dem Inhalt kommt der Schreiber aus Wesel und führte den Namen Adolf Keller. Wie gesagt, eine Befähigung der Meldung muß noch abgewartet werden, denn es wäre doch immerhin erschaunlich, wenn ein Brief sich über hundert Jahre in der feuchten Erde so gut erhalten haben sollte, daß der Inhalt noch entziffert werden konnte.

Das Freikorps Schill wurde bekanntlich bei Stralsund von napoleonischen Truppen geschlagen und ausgerieben, der größte Teil gefangen genommen. Auf napoleonischer Seite kämpften holländische Soldaten. Dem gefallenen Major Schill wurde das Haupt vom Kumpf getrennt und der Kopf als Siegestrophäe nach Holland geschickt. Dort konnte man es noch jahrelang in dem Museum des Hochschulpflichters Bruggmans in Leiden sehen, bis die Rückgabe an die Familie von Schill im Jahre 1857 diesem unwürdigen Zustand ein Ende machte. Aber auch die gefangenen Offiziere und Mannschaften des Korps wurden nicht alle Napoleon übergeben. Napoleon bzw. die französische Regierung erhielt nur einen Teil der gefangenen Offiziere ausgeliefert, von denen elf auf Grund des Spruches eines französischen Kriegsgerichts vor dem Kasematten der Festung Wesel erschossen wurden. Die gefangenen Mannschaften wurden unter die französischen Galeerensträflinge gestellt. Ein Teil der gefangenen Offiziere wurde nach Holland geführt. In Holland nimmt man an, daß einige der Offiziere auf dem „Galgenfeld“ in Deventer erschossen und an Ort und Stelle begraben worden sind. Das Grab glaubt man jetzt entdeckt zu haben. Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, dann wäre es eine selbstverständliche Pflicht der deutschen Regierung, in Holland Schritte zu unternehmen, daß den Ueberresten der auf dem Felde der Ehre gefallenen deutschen Offiziere eine würdige Grabstätte bereitet wird.

Anekdoten um die Höflichkeit

Von Thaleray, dem großen Zeitgenossen von Dickens, berichtet man folgende kleine Szene. Während der Parlaments-

wahlen vom Jahre 1857 trat er als Kandidat für Oxford auf. Sein Gegenkandidat war Mr. Cadwell. Wenige Tage vor der Abstimmung begegneten sich die beiden Kandidaten auf der Straße und begannen miteinander zu plaudern. Als sie sich trennten, meinte Thaleray: „Also, auf Wiedersehen! Der beste Mann wird gewinnen.“ — „Ich hoffe nicht,“ sagte Cadwell.

Als einst ein österreichischer Erzherzog Ostende belagerte, gelobte Isabel, seine Gattin, sie wolle ihre Gewänder nicht wechseln, ehe die Stadt nicht gefallen sei. Als die Belagerung drei Jahre gedauert hatte, hörte der Chef der eingeschlossenen Garnison von dem unglückseligen Gelübde. Er entschloß sich daraufhin zu sofortiger Kapitulation...

Als Sir Redvers Buller nach dem Burenkrieg eine Anzahl Buren zur Internierung nach Ceylon brachte, weigerten sich die Gefangenen zum großen Ärger einiger Anwesenden, den Hut abzunehmen, als auf dem Schiff die englische Nationalhymne gespielt wurde. Sie besagten sich bei Sir Redvers Buller: „Die Buren, Herr,“ sagten sie, „stehen mit dem Hut auf dem Kopf da, während man „God save the King“ spielt. Was gedenken Sie zu tun?“ — „Ich werde der Kapelle befehlen, mit Spielen aufzuhören,“ erklärte der General.

Sportecke

Im die Süddeutsche Reiskraft

Abt. Süd-Nord. Stuttgarter Riders — Borussia Worms 6:1, Karlsruhe 3:0, SpVg. Frankfurt 4:1, Eintracht Frankfurt — Phönix Karlsruhe 1:0, SpVg. Mainz — Union Pödingen 7:2. Durch die neuerliche Niederlage des SpVg. Frankfurt ist nun Eintracht Frankfurt fast auf den zweiten Platz nahegerückt und man kann heute bei Schluß der Vorrunde noch nicht sagen, wer Abteilungsmeister wird, denn auch die Stuttgarter Riders können noch sehr wohl mit in die Entscheidung eingreifen; sie liegen nur zwei Punkte hinter SpVg. Frankfurt und einen Punkt hinter Eintracht.

Abt. Ost-West. Bayern München — FC. Nürnberg 3:1, SpVg. Würth — SpVg. Waldhof 1:1, Phönix Ludwigsbafen — FC. Kattelerlautern 7:2, FC. Eintracht — 1890 München 1:3. In dieser Abteilung hat 1890 München wieder die Tabellenführung übernommen. Auch hier sind die Tabellenverhältnisse noch ziemlich unübersichtlich, sodas auch hier der Abteilungsmeister noch nicht vorausgesetzt werden kann.

Im den Verbandspokal

Bezirk Württemberg-Laden. VfB. Stuttgart — VfB. Karlsruhe 7:0, SpVg. Feuerbach — Franconia Karlsruhe 3:1, FC. Borsheim — Sportklub Stuttgart 4:1, FC. Freiburg — Sportklub Freiburg 2:1, SpVg. Schramberg — FC. Mühlburg 2:0. Stuttgart und Feuerbach führen in dieser Gruppe klar die Tabelle und unter diesen beiden Vereinen dürfte der Verbandspokalmeister zu suchen sein.

Kreisliga

Kreisliga Enz-Nedar. Eutingen — VfB. Borsheim 4:0, Sportklub Borsheim — Enzberg 4:3, Kieselbrunn — Vell. Spielklub Borsheim 2:1. Eutingen braucht aus seinem rechtlichen Verbandsspiel gegen Kieselbrunn noch einen Punkt, um endgültig Kreismeister für den Kreis Enz-Nedar zu werden.

Auffstiegsspiele zur Kreisliga

Kreisliga Enz-Nedar. Die heerrigen Aufstiegsspiele zur Kreisliga beginnen nach einer amtlichen Bekanntmachung des Verbandes am 3. März. An diesen nehmen, soweit bis jetzt feststeht, FC. Calmbach, FC. Calw, FC. Nordhorn Borsheim und uneres Wissens FC. Wülfingen teil. Die Spielstärke dieser Meister lassen wirklich spannende Kämpfe erwarten. W.

Bei Unbehagen
und Schmerzen

Pyramidon
TABLETTE

Das bewährte Standardpräparat
und unschädliche Hausmittel
In allen Apotheken erhältlich zum Preise von
RM. 0,89, 1,30, 1,88. Nur echt mit dem Namen
zug „Pyramidon“ auf jeder Packung.

Die Deutsche Reichspost beabsichtigt im Rechnungsjahr 1933 das D.-F.-N. Enzklösterle zu erweitern und entsprechende Kabel auszulegen, die in einer Tiefe von 70-80 cm mit Hochsteinen oder Tonhauben abgedeckt, verlegt werden. Außerdem ist die Erstellung von 4 K.-N. bestehend je aus einer einfachen mit Reiterquerschnitten ausgerüsteten Teleg.-Stange möglichst auf Gemeinde- oder Straßeneigentum geplant. Weiter soll an der Enzmauer am Garteneck des Kurhauses „Waldhorn“ ein K.-B. (kleiner eiserner Kasten) aufgestellt werden. Durch diese Verkabelung werden die Gestängsilinien von Eingang Enzklösterle Richtung Wildbad bis Mittel-Enzstal und das F.-Gestäng Altensteig-Enzklösterle in Richtung Simmersfeld entbehrlich und abgedröchen.

Die Pläne sind auf die Dauer von 4 Wochen beim Postamt Wildbad zur Einsichtnahme aufgelegt.
Lüdingen, den 15. Februar 1933.

Telegraphenbauamt.

Amtsgericht Neuenbürg.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Gottlieb Lörcher, Kaufmanns, Inhaber eines Gemischt-Warengeschäfts in Schömburg, O.A. Neuenbürg, wurde am 18. Februar 1933, vormittags 9 Uhr, eröffnet. Bezirksamtsrat Klett hier wurde zum Konkursverwalter bestellt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. März 1933 bei dem Gericht anzumelden.

Es wurde zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und einsetzenden Falls über die in §§ 132 und 134 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag den 17. März 1933, nachmittags 3 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht hier Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinsschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpfändung aufzulegen, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. März 1933 Anzeige zu machen.

Gewerbe-Verein Birtlenfeld.

Am Montag den 27. Februar 1933, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Ablec“ unsere diesjährige

General-Versammlung

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahlen, 4. Anträge und Verschiedenes.

Wir bitten unsere Mitglieder um vollzählige Beteiligung. Anschließend an diese Versammlung findet um 7 1/2 Uhr eine

allgemeine Aussprache über gemeindepolitische Tagesfragen

statt, zu der jedermann eingeladen ist.

Der Vorstand.

Neuenbürg, den 20. Februar 1933.

Todes-Anzeige.

Seit dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unseren guten Vater und Pflegevater

Oskar Schroth, Friseur,

nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden am Samstag nachmittags 3 Uhr zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefem Leid:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Dienstag nachmittags 1/3 Uhr.

Briefpapier für die Dame
für den Herrn

in einfacher bis feinsten Ausführung
mit Namendruck liefert

C. Meeh'sche Buchhandlung

Karl Trinkaus
Marta Trinkaus
geb. Kärcher
Vermählte
Wemmelsweiler/Saar
Neuenbürg
19. Februar 1933

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Stadtrats-Sitzung
am Dienstag den 21. Febr.,
nachm. 6 1/2 Uhr.
Tagesordnung:
1. Haushaltsplan 1932.
2. Baufragen.
3. Rechnungsfragen.
4. Sonstiges.
Bürgermeister Knodel.

Zwangs-Versteigerung.
Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft am Dienstag den 21. Februar 1933, nachmittags 3 Uhr, in Birtlenfeld:
Einen 4 Tonnen-Lastwagen, ein Vertiko.
Zusammenkunft beim Rathaus.
Gerichtsvollzieherstelle Neuenbürg.



Gesangbücher
zur Konfirmation
in großer Auswahl empfiehlt
Aug. Breilling, Schömburg.

